

pbi Rundbrief



MEIN HERZ IST BLAU
Die Unterdrückung der
Frauen Westpapas und ihr
Kampf für die Befreiung

LGBTIQA+-PERSPEKTIVEN
Wie die neue Regierung und
ein Gerichtsurteil Hoffnung in
Honduras verbreiten



1981 // 2021 PEACE
BRIGADES
INTERNATIONAL

LIEBE LESER:INNEN,

Menschenrechte brauchen Schutz. Viele mutige Menschen im Globalen Süden setzen sich dort für ihre Rechte ein, wo staatliche Fürsorge versagt. Ihr Widerstand dauert bereits Jahrhunderte an. Doch es bestehen immer weniger Handlungsmöglichkeiten – der Raum für Menschenrechtsverteidiger:innen schrumpft. Diesem „Shrinking Space“ versucht pbi auf verschiedenen Ebenen entgegenzuwirken.

Unser Motto „Making Space for Peace“, haben wir deshalb mit dem Format „Making Space for Dialogue“ ergänzt, um Raum für Dialog zu schaffen. Denn die Welt braucht einen stärkeren Austausch verschiedener Perspektiven, um Vorurteile abzubauen und globale Zusammenhänge verständlich zu machen. Dabei wollen wir vor allem zuhören und von den Erfahrungen der Aktivist:innen lernen.

Darum stellen wir Ihnen ab S.8 unseren Podcast vor: Aktivistinnen aus unseren Projektländern Nicaragua, Kenia, Kolumbien und Guatemala geben wertvolle Einblicke in ihre Arbeit. Ab S.4 berichten wir über die LGBTIQ+-Gemeinschaft in Honduras, wie sie sich für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt einsetzt und auch über ihre Hoffnung auf Veränderung. Ab S.10 geht es um einen Konflikt zwischen der Regierung Indonesiens und den indigenen Gemeinschaften Westpapas. Dieser findet fernab der internationalen Aufmerksamkeit statt und hat drastische Auswirkungen auf die Frauen des Landes. Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Ihr Team von pbi Deutschland

MAKING SPACE FOR DIALOGUE: MEHR RAUM FÜR DAS THEMA MENSCHENRECHTE

Mit der Podcast- und Veranstaltungsreihe „Making Space for Dialogue“ schafft pbi Raum für internationale Vernetzung und fördert den Dialog zwischen Menschenrechtsverteidiger:innen aus verschiedenen Ländern.

Von diesem Erfahrungsaustausch profitieren nicht nur die Aktivist:innen selbst, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit, der die Inhalte über vielseitige Formate zugänglich gemacht werden. Gerade ist die vierte Podcast-Folge online gegangen (weitere Informationen dazu auf Seite 8). Unsere digitale Veranstaltungsreihe ging im Mai ebenfalls

in die zweite Runde. Anlässlich vergangener oder bevorstehender Präsidentschaftswahlen, sprachen wir mit Menschenrechtsverteidiger:innen aus Nicaragua, Kolumbien, Kenia und Honduras über den Einfluss von Wahlen auf ihre tägliche Arbeit und die Menschenrechtssituation. Dabei wurden sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten bei gesellschaftspolitischen Herausforderungen in den jeweiligen Ländern festgestellt. Der Austausch über mögliche Handlungsstrategien war für alle Teilnehmenden gewinnbringend. Auch in Zukunft wird pbi diesen Raum schaffen.

ADVOCACY: EIN BESUCH AUS KOLUMBIEN

Im Mai 2022 besuchten die Menschenrechtsverteidiger:innen Gloria Orcué und Carlos Morales aus Kolumbien zahlreiche europäische Länder, um in Begleitung von pbi mit politischen Akteur:innen über aktuelle Herausforderungen ihrer Arbeit zu sprechen und internationale Unterstützung einzufordern.

Stationen auf ihrer Tour durch das politische Berlin waren unter anderem das Auswärtige Amt und die Parlamentariergruppe Andenstaaten. In den Gesprächen, bei denen teils auch andere NGOs und Aktivist:innen anwesend waren, ging es um aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang

mit den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien. Dabei wurden anhaltende Bedrohungsszenarien und Missstände thematisiert: Wachsende paramilitärische Strukturen, die Situation von Frauen in Konflikten, das jüngste Verteidigungsabkommen mit der Bundesregierung sowie die Verantwortung multinationaler Unternehmen und internationaler Regierungen in Bezug auf die Ausbeutung von Rohstoffen.

Die nächste Besuchsreise ist für Herbst 2022 geplant. Dann kommen vier Aktivist:innen aus Guatemala nach Deutschland, um auf Menschenrechtsverletzungen im Kontext der Klimakrise aufmerksam zu machen.



GERECHTIGKEIT FÜR VICKY BEDEUTET GERECHTIGKEIT FÜR ALLE

„Vicky Hernández gegen Honduras“ – ein Fall historischer Tragweite: Erstmals wurde ein Staat international für den Tod einer Transgender-Person zur Verantwortung gezogen. Im Juni 2021 verurteilte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte den Staat Honduras für den Mord an Vicky Hernández, einer 26-jährigen Transfrau, Sexarbeiterin und Menschenrechtsaktivistin. Sie wurde während des Putsches 2009 in San Pedro Sula, der zweitgrößten Stadt des Lan-

des, auf offener Straße von staatlichen Kräften ermordet. Seitdem kämpft ihre Familie für Gerechtigkeit. „Sie war alles für mich“, sagt Rosa Hernández, Vicky's Mutter. Auch wenn es anfangs schwer war, verstehe sie nicht, wie Eltern ihre Kinder aufgrund ihrer Identität verbannen können. Ganze zwölf Jahre nach dem Mord wird Honduras nun dazu verpflichtet, einen Prozess der Wiedergutmachung einzuleiten und gegen die Diskriminierung der LGBTQIA+-Gemeinschaft vorzugehen.

Die LGBTIQA+-Gemeinschaft erleidet in Honduras – wie auch in vielen anderen Ländern der Welt – verschiedenste Formen von Diskriminierung und Gewalt. Doch die Menschen leisten Widerstand. Seit Jahren kämpfen sie für Gleichberechtigung und gegen Straflosigkeit. Das Urteil im Fall des Mordes an Vicky Hernández, einer Transfrau und Menschenrechtsaktivistin, stellt nun einen Präzedenzfall dar: Erstmals wurde ein Staat für den Tod einer Transperson verurteilt. So ist Honduras dazu verpflichtet, eine Reihe von Wiedergutmachungsmaßnahmen durchzuführen.

Diskriminierung und strukturelle Gewalt

Mitglieder der LGBTIQA+-Gemeinschaft – also Lesben, Schwule, sowie bisexuelle, transsexuelle, intersexuelle, queere und asexuelle Menschen – werden vom gesellschaftlichen Leben in Honduras meist ausgeschlossen. Sie ordnen sich mit ihren Geschlechtsidentitäten nicht in die festen binären Kategorien männlich und weiblich ein und sind auch vor dem Gesetz nicht gleichgestellt. Seit jeher werden sie stigmatisiert und sind in hohem Maße Opfer von physischer, psychischer und sexueller Gewalt. Hinzu kommen die strukturelle Ungleichbehandlung und die Verletzung ihrer Grundrechte: Ihnen wird der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, dem Arbeitsmarkt, der Justiz und anderen staatlichen Strukturen verwehrt. Auch politisch werden sie kaum beteiligt und sind unterrepräsentiert.

Transfrauen wie Vicky werden meist in die Schattenwirtschaft gedrängt, um zu überleben. „Wir sind verletzlicher und sind Angriffen stärker ausgesetzt, weil wir auffallen und oft dazu gezwungen sind, auf der Straße Sexarbeit zu leisten“, erklärt JLo Córdova, Koordinatorin des Transfrauenkollektivs der Organisation Arcoiris. „Wir werden ermordet – aus Hass und auf sehr grausame Art und Weise“, klagt sie und bringt damit auf den Punkt, welchen Gefahren ihre Gemeinschaft täglich ausgesetzt ist.

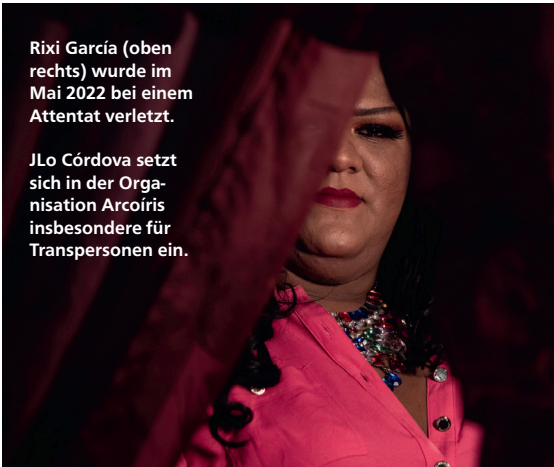
Gewaltsame Todesfälle und Straflosigkeit

Wenige Tage nach Beginn des Jahres 2022 gab es den ersten von bis dato zehn gewaltsamen Todesfällen: Thalia Rodriguez, eine 45-jährige Transfrau und Aktivistin, wurde in ihrem Haus erschossen. Sie war eine der wenigen Transfrauen, die ein eigenes kleines



Rixi García (oben rechts) wurde im Mai 2022 bei einem Attentat verletzt.

JLo Córdova setzt sich in der Organisation Arcoiris insbesondere für Transpersonen ein.



Viertel davon waren Transfrauen. Ihre Lebenserwartung beträgt nur knapp 35 Jahre. Manche der Betroffenen versuchen der unsicheren Lage, entfacht durch die tief verwurzelte Transfeindlichkeit in der Gesellschaft, zu entkommen.

Die Straflosigkeit in Honduras ist besonders hoch, was bedeutet, dass schwere Verbrechen größtenteils weder zu Anklagen noch zu Verurteilungen führen. Angriffe auf die LGBTQIA+-Gemeinschaft werden in diesem Zusammenhang noch seltener geahndet. Von den 401 gewaltsamen Todesfällen wurden nur 89 strafrechtlich verfolgt, bei lediglich 35 kam es zu Verurteilungen.

Aufklärung und Prävention von Verbrechen

Um der Straflosigkeit bei Angriffen auf die LGBTQIA+-Gemeinschaft entgegenzu-

Geschäft, eine „pulpería“, betrieben. Dies ermöglichte es ihr, die Sexarbeit aufzugeben.

Laut der Beobachtungsstelle für gewaltsame Todesfälle des Lesben-Netzwerks Cattrachas wurden in Honduras zwischen 2009 und 2021 401 solcher Todesfälle in der LGBTQIA+-Gemeinschaft registriert, über ein

wirken, haben Betroffene 2016 einen Runden Tisch gegründet, um ihren Zugang zur Justiz zu verbessern. Dieses Forum, das aus verschiedenen Organisationen, nationalen Behörden und der internationalen Gemeinschaft, wie dem UN-Menschenrechtsbüro sowie mehreren Botschaften zusammengesetzt ist, hat sich einiges zum

Ziel gesetzt: Die Aufklärung von Hassverbrechen, die Entwicklung gemeinsamer Präventionsstrategien sowie die Förderung von Gleichstellung.

Durch ihre Entschlossenheit konnten honduranische LGBTIQA+-Organisationen bereits einiges erreichen. Denn sie kämpfen nicht nur gewaltfrei auf den Straßen für ihre Rechte, sondern fordern seit Jahren eine Reihe von Gesetzen, die eine echte Inklusion garantieren. Dadurch wächst der Druck auf die nationalen Behörden und es erregt auch internationale Aufmerksamkeit.

pbi unterstützt in Honduras die Organisationen Somos CDC und Arcoiris, die sich für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt einsetzen und sich um die Opfer von Gewalttaten kümmern. Die pbi-Schutzbegleitung und Netzwerkarbeit haben für sie dabei eine zentrale Bedeutung: „Wir wissen, dass internationaler Druck eine große Wirkung haben kann. Wenn wir allein um Unterstützung bitten, hört man uns nicht zu. Wenn wir mit einer internationalen Organisation zusammenarbeiten, öffnen sich für uns Türen“, sagt etwa Grecia O’Hara, Kommunikationsreferentin von Somos CDC.

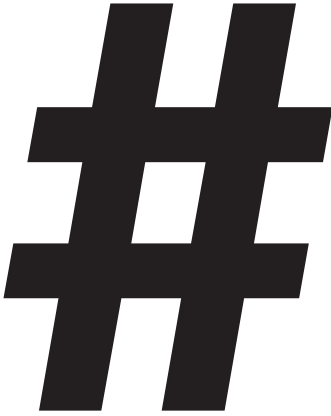
Hoffnung auf Veränderung

Durch den Regierungswechsel im Januar 2022 beginnt ein neues politisches Kapitel für Honduras. Mit Xiomara Castro übernimmt erstmals eine Frau und progressive Politikerin

die Präsidentschaft. Im neuen Regierungsplan und auch innerhalb der Vereinten Nationen verpflichtet sich der Staat Honduras nun dazu, für die Rechte der LGBTIQA+-Gemeinschaft einzutreten.

Das Urteil im Fall von Vicky Hernández ist dabei nicht nur von symbolischer Bedeutung. „Wir erkennen vor der internationalen Gemeinschaft, dem honduranischen Volk und der Familie von Vicky Hernández die Verantwortung des honduranischen Staates für die Ereignisse an, die zu ihrem Tod geführt haben“, versicherte Präsidentin Castro im Mai 2022. Zu den Pflichten der Wiedergutmachung gehören neben der Entschädigungszahlung an die Familie Hernández, auch die Schulung von Polizei und Militär, die rechtliche Anerkennung des Geschlechts sowie die Einführung eines Stipendienprogramms für Transgender-Frauen – benannt nach Vicky. „Die Rechte von Transsexuellen müssen respektiert werden, weil sie Menschen sind“, fordert Rosa Hernández mit dem Foto ihrer Tochter in den Händen. „Warum sollten sie diskriminiert werden? Es darf keine Diskriminierung mehr geben“, sagt sie entschlossen und drückt damit eine große Hoffnung der LGBTIQA+-Gemeinschaft aus: „Es muss Gerechtigkeit für alle geben.“

„Die Arbeit mit Organisationen wie pbi öffnet uns Türen.“



Making Space for Dialogue – Der Podcast

Stimmen aus den pbi-Projektländern: Mit unserem Podcast wollen wir Umweltverteidiger:innen und Aktivist:innen Raum geben, um über ihre Arbeit zu berichten.

Überall auf der Welt setzen sich Menschen für die Rechte ihrer Gemeinschaften und den Schutz der Umwelt ein und riskieren dabei ihr Leben. Mit dem Podcast geben wir diesen Perspektiven Raum. So bringen wir globale und lokale Zusammenhänge von Menschenrechtsverletzungen in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit.

#1 – NICARAGUA

Die Transaktivistin Dama-so Vargas aus Nicaragua lebt seit 2019 aufgrund von staatlichen Repressionen im Exil in Costa Rica. In unserer ersten Podcast-Folge berichtet sie über die soziopolitische Krise in ihrem Heimatland Nicaragua und den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Sie berichtet, wie sie aus dem Exil Widerstand leistet und sich für die Rechte der LGBTIQA+-Gemeinschaft einsetzt. Auf der ständigen Suche nach Gerechtigkeit ist es die Empörung über die Ungleichbehandlung, die sie am stärksten ermutigt.

#2 – KENIA

In der zweiten Podcast-Folge sprechen wir mit Florence Mwikali und Catherine Wangui von pbi Kenia. Sie berichten von den Herausforderungen, mit denen sie im Zuge ihrer Arbeit für die Frauenrechte in Nairobi konfrontiert werden und erzählen, was sie im Laufe der Jahre besonders inspiriert und stolz gemacht hat. Wir erfahren, was es für sie

bedeutet, Feministinnen zu sein, wie ihre Arbeit dazu beiträgt, ihre Vision einer gleichberechtigteren Gesellschaft in Kenia zu verwirklichen; und welche Unterstützung sie dabei von den Männern in ihren Gemeinden erhalten.

#3 – KOLUMBIEN

Die Ökologin Alejandra Cely Gomez und die Aktivistin Laura Peña aus Kolumbien schildern in der dritten Podcast-Folge, wie kommunaler Tourismus als Strategie für die Verteidigung und Gestaltung ihrer Region dienen kann. Diese stellt für sie mehr als die Grenzen auf der Landkarte dar. Es ist das Leben in seiner Gesamtheit, das Gefühl von Verbundenheit und Zugehörigkeit, die Wertschätzung der Natur. In Kolumbien herrscht seit Jahrzehnten ein bewaffneter Konflikt, der in Politik und Ideologie wurzelt, heute aber aus ökonomischen und machtorientierten Gründen weitergeführt wird. Von Laura erfahren wir, wie Menschen sich in Netzwerken verbinden



Über den QR-Code
gelangen Sie zu
allen Podcast-Folgen

und stärken, um sich den vielschichtigen Bedrohungen und der Gefahr der Vertreibung zu widersetzen.

#4 – GUATEMALA

Drei Frauen der Organisation AMISMAXAJ berichten in der vierten Podcast-Folge über ihren Aktivismus für indigene Frauenrechte und ihre politische Partizipation. Sie sprechen über „Feminismo Comunitario“, eine Bewegung, die auf

der Bildung von Gemeinschaften basiert und Widerstand gegen den Status quo leistet. Diese geht von der Verbindung von „Mutter Erde“ und dem Frauenkörper aus. In beidem, Territorium und Körper, zeigen sich Unterdrückungssysteme – kolonialrassistische, patriarchale und kapitalistische Gewalt. Gleichzeitig gehen von Körper und Territorium auch die Kraft für Befreiung und Heilung aus.

Die durch pbi konzipierte Wander-Installation mit allen Folgen des Podcasts zum Anhören bringt die globalen und lokalen Zusammenhänge von Menschenrechtsverletzungen in Klassenzimmer, Kitas und an öffentliche Orte.



„OHNE DIE BEFREIUNG DER FRAUEN, KEINE BEFREIUNG DER NATION.“

Seit den 1960er Jahren herrscht in Westpapua, Indonesien, ein Unabhängigkeitskonflikt. Indigene Gemeinschaften werden von Angehörigen der Polizei und des Militärs unterdrückt und misshandelt. Besonders Frauen sind dabei immenser Gewalt ausgesetzt. Doch obwohl die patriarchalen Strukturen den Widerstand dagegen erheblich erschweren, organisieren sie sich in Netzwerken und Bündnissen, um für ihre Rechte und Freiheiten zu kämpfen.

„Mein Herz ist blau. Es will nicht heilen von der Gewalt, die mir angetan wurde.“ Mit diesen Worten beschreibt eine Frau aus Westpapua die Angst, die sie verspürt, seit Soldaten des indonesischen Militärs vor über 40 Jahren ihr Dorf niedergebrannt haben. Sie war damals 10 Jahre alt, doch die äußeren und inneren Narben haben Bestand. Und auch an der politischen Situation in Westpapua hat sich seither nur wenig verändert.

Ein Konflikt im Verborgenen

Nachdem Westpapua im Jahr 1962 die Unabhängigkeit von den Niederlanden erlangte, ging die Region auf internationalen Druck hin an Indonesien über, das Anspruch darauf erhob. Seither ist die politische Situation geprägt von


gewaltsamen Konflikten zwischen der Zentralregierung Indonesiens und lokalen Gruppen, die nach Unabhängigkeit streben. Gleichzeitig wirkt sich eine dauerhaft hohe Polizei- und Militärpräsenz unmittelbar auf das Leben der indigenen Gemeinschaften Westpapas aus: Sie werden von den staatlichen Kräften unterdrückt, misshandelt und getötet. Manche Menschenrechtsorganisationen sprechen dabei gar von einem Genozid, dem bereits bis zu einer halben Million Menschen zum Opfer gefallen sind. All dies geschieht jedoch abseits der internationalen Öffentlichkeit, denn der indonesische Staat gewährt Journalist:innen und Organisationen aus dem Ausland seit 2003 wenn überhaupt nur noch eingeschränkten Zugang zu diesem Teil des Landes.

Flucht als Folge tiefgreifender Konflikte

Eine der sichtbarsten Folgen der langjährigen Auseinandersetzung ist die enorme, innerstaatliche Fluchtbe-
wegung. Seit der Verschärfung des
Konflikts im Jahr 2018 befinden sich
schätzungsweise 60.000 bis 100.000
Papuas auf der Flucht, darunter viele
Frauen und Kinder. Ein Großteil die-
ser Menschen harrt in abgelegenen
Gebieten in den Hochebenen aus, ohne
regelmäßigen Zugang zu Nahrung,
Wasser und jeglicher Gesundheitsver-
sorgung. Auf der anderen Seite füh-
ren staatliche Migrationsprogramme

seit der Übernahme Westpapas 1963
dazu, dass immer mehr Menschen aus
verschiedenen Teilen Indonesiens in
die Region migrieren und die indige-
ne Bevölkerung zurückgedrängt wird.
Nicht zuletzt die zahlreichen Agrar-,
Rohstoff- und Industrieprojekte haben
diesen Zulauf verstärkt und gleich-
zeitig die Lebensräume der indigenen
Bevölkerung zerstört und Fluchtbe-
wegungen ausgelöst.

Neben der politisch-wirtschaft-
lichen Dimension des Konflikts ist es
auch der tief verwurzelte Rassismus
gegenüber indigenen Bevölkerungs-
teilen, der die fortlaufenden Repres-
sionen und Menschenrechtsverlet-



Zwei junge Frauen
im P3W in Jayapura,
einem Zentrum
für die Förderung
von Frauen

zungen in Westpapua bedingt. Immer wieder kommt es im gesamten Land zu rassistischen Übergriffen und Diskriminierungen, auch durch staatliche Akteur:innen. Dies hat zur Folge, dass ein Teil der indonesischen Bevölkerung die Papuas als Menschen zweiter Klasse betrachtet, wodurch das große Leid,

„Die Frauen erscheinen stark, weil sie allen Widrigkeiten trotzen.“

Gewalt ausgesetzt sind, sowohl auf staatlicher und struktureller als auch auf häuslicher Ebene.

Frauen sind vielfach von der Gewalt betroffen

Die direkteste Form der Gewalt wird nicht selten durch Angehörige von Polizei und Militär ausgeübt. Papuaische Frauen werden systematisch eingeschüchtert, verfolgt und misshandelt. Häufig wird die vermeintliche Zugehörigkeit oder der Kontakt zu einer Widerstandsbewegung als Legitimationsgrundlage für Folter und sexuellen Missbrauch vorgeschoben. Die willkürliche Gewaltausübung wird dadurch verstärkt, dass sie nur in den seltensten Fällen auf justizieller Ebene verfolgt oder gar geahndet werden. Dies ist, neben dem Misstrauen gegenüber dem Staat und der fehlenden

Unterstützung, auch auf strukturelle Gründe zurückzuführen.

So besitzen viele papuanische Frauen beispielsweise weder Gesundheits- noch Ausweisdokumente. Dies verwehrt ihnen an vielen Stellen grundlegende Rechte und erschwert eine gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichstellung nur auf dem Papier

Die patriarchalen Strukturen finden Ausdruck in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen, beginnend bei den Eigentumsverhältnissen. Zwar sind es häufig Frauen, die die Arbeit in den landwirtschaftlichen Subsistenzbetrieben übernehmen, in den Besitzverhältnissen drückt sich dies jedoch nicht aus: Männer entscheiden stets über Verwendung und Verkauf des Landes. Auch der Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen wird Mädchen und Frauen häufig verwehrt. Beides erhöht ökonomische Abhängigkeiten und verhindert den Aufbruch patriarchaler Strukturen. Hinzu kommt, dass mit dem Gewohnheitsrecht „adat“, das in vielen Teilen Westpapas dazu dient, Streitigkeiten auszuräumen, eine zum indonesischen Recht parallele Rechtsordnung existiert. Darin werden Entscheidungen und Urteile ausschließlich von Männern vorgenommen. All dies führt dazu, dass die seit 1945 in der indonesischen Verfassung festgeschriebene Gleichstellung von Mann und Frau bis heute nur auf dem Papier existiert.



Widerstand formiert sich

Es sind also unterschiedliche Ebenen, auf denen die Frauen Westpapas diskriminiert und marginalisiert werden, darunter ihre Herkunft und ihr Geschlecht. Diese intersektionale Form der Unterdrückung macht den Widerstand dagegen besonders schwierig, da in diesen Strukturen kaum Raum für mögliche Veränderungen entstehen kann. Und dennoch scheint die Stärke und die Kraft der papuanischen Frauen ungebrochen. Sie formen Bündnisse und stehen mit der Unterstützung einiger weniger NGOs, denen der Zugang zur Region gewährt wurde, unter anderem pbi, für ihre Rechte ein, um der anhaltenden Gewalt ein Ende zu setzen. Sie tun sich in Netzwerken zusammen, klären die Öffentlichkeit über Unrechtmäßigkeiten auf, rufen zu gewaltfreiem Widerstand auf und

In der Ausstellung „Meine Geschichten: Öffnet eure Augen, öffnet eure Herzen“ wiesen Künstlerinnen wie Nancy Nahuway (rechts oben) auf das Leid und den Widerstand der Frauen in Westpapa hin.



„Die Blumen, die aus den Rippen der Frauen aus Papua herauswachsen sind ein Symbol für das Leben, das sie in sich tragen und behüten. Obwohl sie ignoriert, weggesperrt, verletzt und vergewaltigt werden.“

Dian Fara Andrian
(Bild unten)



stellen politische Forderungen an die Zentralregierung sowie internationale Institutionen und Akteur:innen. Diesen Widerstand beschreibt Marion Struck-Garbe, Wissenschaftlerin an der Universität Hamburg: „Wie man in den Bildern von papuanischen Frauen sehen kann, sind sie nicht nur Opfer, sondern auch Kämpferinnen gegen Rassismus und für ihre Freiheit und Unabhängigkeit sowie die ihres Territoriums. Sie erscheinen stark, weil sie all diesen Widrigkeiten trotzen – aber sie sind nicht frei, nicht unabhängig, nicht gleichgestellt. Es gibt keinen Kampf für die Befreiung einer Nation ohne die Befreiung der Frauen.“

Gemeinsam *menschen.rechte.schützen.*

Ihr nachhaltiger Beitrag für unsere Menschenrechtsarbeit

Ihre regelmäßige Spende ermöglicht pbi die sichere Planung und Realisierung des gemeinsamen Ziels: Den Schutz des Lebens und der Arbeit von Menschenrechtsaktivist:innen weltweit.

Wenn auch Sie unsere Wirkung nachhaltig unterstützen möchten, dann freuen wir uns über Ihr Vertrauen und die Übernahme einer dauerhaften Spende. Als Unterstützer:in können Sie uns wahlweise monatlich, viertel- oder halbjährlich mit Ihrem Spendenbeitrag bedenken.

Jetzt online unterstützen
pbideutschland.de/dauerhaft-foerdern



Oder direkt Dauerauftrag einrichten:

pbi – Deutscher Zweig e.V.
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS

*Hinweis: Ihre Spende an pbi ist steuerlich absetzbar.
Eine Spendenbescheinigung senden wir Ihnen
automatisch Anfang des Jahres (i.d.R. im Februar)
zu. Bei Fragen wenden Sie sich gerne an unsere
Ansprechpartnerin im Spendenservice:
Rabea Ganz | Rabea.Ganz@pbi-deutschland.de*

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!
Ihr Team von pbi Deutschland



1981 // 2021 **PEACE
BRIGADES
INTERNATIONAL**

ÜBER PBI

peace brigades international (pbi) ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig.

pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide, Beschützte und Begleitende, durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

Spendenkonto

GLS Bank
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar

IMPRESSUM

peace brigades international –
Deutscher Zweig e.V.

ANSCHRIFT

Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3890437-0
info@pbi-deutschland.de

REDAKTION

Alexander Weber, Elisabeth Martinez,
Laszlo Steinwärdler, Leticia Encinas Rosa,
Marion Struck-Garbe, Paul Metsch,
Kristin Menzel (V.i.S.d.P.)

ARTDIREKTION

Brian Crome, www.briancrome.de

BILDER

pbi, Annika Lehnhoff Orantes,
Asso Myron, Manu Valcarce, Marion
Struck-Garbe, Reportar sin miedo

Mit freundlicher Unterstützung von



NEWSLETTER ABONNIEREN



www.pbi-deutschland.de

Abonnieren Sie unseren Newsletter, um über unsere Projekte, Veranstaltungen und freie Stellen informiert zu werden. Sie können uns auch sehr gerne anrufen oder schreiben.

SOCIAL MEDIA



@pbiDeutschland



„Menschenrechte sind nicht garantiert. Daher ist es unsere ethische und politische Pflicht, für die Verteidigung und Durchsetzung von Rechten zu kämpfen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie pbi, die lokale Initiativen auf ihrem schwierigen Weg begleiten, sind von fundamentaler Bedeutung, um ihnen internationale Sichtbarkeit zu verleihen und um notwendige Maßnahmen zum Schutz grundlegender Menschenrechte einzufordern.“

Gloria Cecilia Orcué Álvarez, Bäuerin und Menschenrechtsverteidigerin, setzt sich für die territorialen und sozialen Rechte marginalisierter Gruppen in Kolumbien ein.